

Weissbuch 1979 der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

Autor(en): **Schauer, Hartmut**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **146 (1980)**

Heft 3

PDF erstellt am: **25.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-52820>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

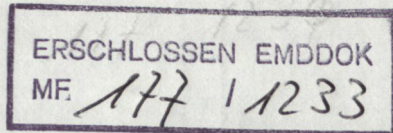
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weissbuch 1979 zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland

Hartmut Schauer



In mehrjährigen Abständen orientiert die Bundesregierung die Öffentlichkeit über Fragen der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte. Die vom Bundesminister der Verteidigung publizierten «Weissbücher» informieren über die Verteidigungsmassnahmen der zurückliegenden Jahre, der Gegenwart und vor allem der künftigen Fortentwicklung. – In gedrängter Form wird hier auf wesentliche Punkte der im Herbst 1979 veröffentlichten Schrift hingewiesen.

Frieden in Freiheit

Nach einleitenden Worten des Bundeskanzlers und des Verteidigungsministers wird auf den hohen Stellenwert einer präventiven Sicherheitspolitik hingewiesen, die ohne Zweifel vom überwiegenden Teil des Staatsvolkes und der Politiker gewünscht und gebilligt ist. Die bundesdeutsche **Sicherheitspolitik** lässt sich in folgende hauptsächliche **Bereiche** gliedern:

- Atlantisches Bündnis,
- Europäische Gemeinschaft,
- Ost-West-Verhältnis und neuerdings, wobei die hohe Wertung über rascht,
- Nord-Süd-Dialog.

Grundlagen bilden eine **Politik des Gleichgewichts**, welche die Entspannung ermöglichen soll, Konflikte eindämmt und Interessen ausgleicht. Weiter soll die Fähigkeit zur **wirksamen Krisenbeherrschung** vorhanden sein. Betont wird die **Rolle der NATO** als Instrument der Friedenssicherung und besonders nachdrücklich die **Bindungen an die USA**, deren nukleare Abschreckungskapazität «durch nichts ersetzt werden kann». Grosse Bedeutung spricht das Buch der Präsenz von US-Truppen zur Verwirklichung einer integrierten Vorverteidigung Europas zu (Abb. 1). Zum kürzlichen zaghaften Atomflirt Frankreich/Bundesrepublik ein Zitat: «Die Bundesregierung verfolgt keineswegs das Ziel, eine europäische Nuklearstreitmacht zu schaffen.» Erwähnenswert ist die insgesamt Beteiligung der Bundeswehr am Militäropotential der NATO in Mitteleuropa: 50 Prozent der Landstreitkräfte, 50

Prozent der bodengebundenen Luftverteidigungskapazität, 30 Prozent der Kampfflugzeuge; in der Ostsee 70 Prozent der See- und 100 Prozent der Seefliegerverbände.

Prioritäten der Verteidigungsplanung sind:

- mehr Panzerabwehrwaffen,
- grössere Munitionsvorräte,
- Fähigkeit zur schnellen Reaktion,
- rascher Kräftezuwachs (sprich Mobilmachung) schon in Zeiten politischer Spannung.

Verstärkt soll die Rüstungskooperation mit den Verbündeten in Angriff



Bild 1. Eine Gruppe von aus dem Süden der USA in die Bundesrepublik eingeflogenen amerikanischen Soldaten beim Wintermanöver

genommen werden, restriktiv bleibt die **Rüstungsexportpolitik an Drittländer** (lediglich 0,7 Prozent des Gesamtexports sind Kriegswaffen).

Ausgleich und Entspannung

Der Versuch einer **langfristigen Entspannungspolitik** mit der Sowjetunion wird fortgeführt, mit der DDR hofft man durch Geduld und Beharrlichkeit auf den Grundlagen des Staatsvertrages weiterzukommen, Berlin bleibt «Gradmesser des politischen Klimas» und Prüfstein der Entspannung. Ebenso bemüht man sich um Fortsetzung der Entspannungspolitik auf der Basis der KSZE-Schlussakte. Ein SALT-Abkommen, dass die **strategische Stabilität festigt und die Abschreckung aufrechterhält**, entspricht den Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik. Hierzu bleibt noch die abschliessende Entscheidung der USA abzuwarten. Auch die Bundesregierung erwartet von den Wiener MBFR-Verhandlungen allenfalls nur begrenzte Fortschritte (Abb. 2).

Das Nord-Süd-Verhältnis

Welche grosse Bedeutung einer **Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern** zugesprochen wird, belegt die besondere Abhandlung dieses Komplexes im Weissbuch. Erkannt wird das bedeutende militärische Engagement des Warschauer Paktes in vielen Teilen der Dritten Welt, mit den Einflussnahmen in Form von Stellvertreterkriegen. Mit 4,5 Milliarden DM Entwicklungshilfe, die künftig noch erhöht werden soll, versucht man der einseitigen Abhängigkeit dieser Länder im wirtschaftlichen und daraus folgernd im militärischen Sektor entgegenzuwirken. Schliesslich erfährt der Zwang zum Nord-Süd-Dialog, dessen Ziel der Aufbau einer auf Partnerschaft beruhenden Weltordnung mit Gleichberechtigung aller Staaten ist, eine besondere Würdigung.

Verteidigung im Bündnis

Es sind einige sehr wesentliche Aussagen zum **nuklear-strategischen Kräfteverhältnis** (Abb. 2) nachzulesen, die einen der Schwerpunkte der Schrift darstellen. Ausgangspunkt der Erörterungen bildet die Feststellung eines dynamischen Gleichgewichts der nuklear-strategischen Potentiale beider Weltmächte bis zur Mitte der achtziger Jahre. Hierzu existieren allerdings auch erheblich anders lautende Expertenmeinungen! Erkannt und genannt ist die strategische Bedrohung der Atlanti-

USA

Gesamtpotential Gliederung des Potentials

**SALT II
Begrenzungen**

Sowjetunion

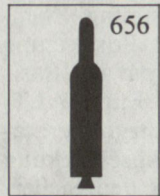
Gliederung des Potentials Gesamtpotential

2283



1054

ICBM
Landgestützte Interkontinentalraketen



656

SLBM
Seegestützte ballistische Raketen

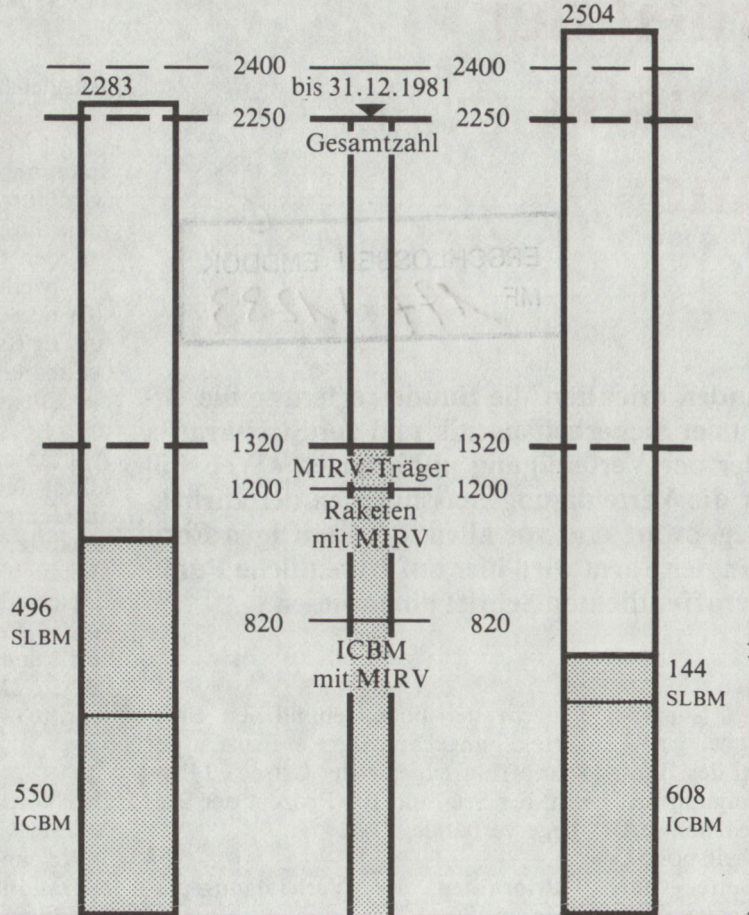


573

Strategische Bomber

1237
Systeme mit
Einfach-
spreng-
kopf

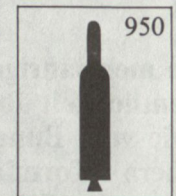
1046
Raketen
mit
MIRV



2504



ICBM
Landgestützte Interkontinentalraketen



SLBM
Seegestützte ballistische Raketen



Strategische Bomber

1752
Systeme mit
Einfach-
spreng-
kopf

752
Raketen
mit
MIRV

Bild 2. Nuklear-strategische Langstreckenpotentiale.

(Stand: Juni 1979)

schen Allianz durch das **sowjetische Mittelstreckenpotential**, dem der Westen nichts Vergleichbares entgegenzusetzen hat. Diese teilweise Überlegenheit des Warschauer Paktes soll mit dem Hinweis auf das Gesamtspektrum der Abschreckung wettgemacht werden. Die «kleinen», taktischen A-Waffen (Reichweite unter 1000 km) sind in beiden Machtblöcken anteilig vertreten. Insgesamt geht die Bundesregierung von einem **ungefähren Gesamtgleichgewicht** aus, deutet aber einen Verlust an Flexibilität, bedingt durch die Lücken im Eskalationsspektrum der NATO, an.

Den **maritimen Verhältnissen** im Atlantik und den europäischen Randmeeren wird ein gesonderter Abschnitt gewidmet. Hier geht man von einem momentan noch vorhandenen zahlenmäßigen Gleichgewicht aus. Die militärische Lage auf den Meeren ist besonders unter dem Aspekt notwendiger Truppenverstärkungen aus Nordamerika sowie von Rohstofflieferungen aus Übersee zu sehen, die im Verteidigungsfall entscheidende Bedeutung hätten.

Nach wie vor besteht in Mitteleuropa, an der Nord- und Südflanke, eine **konventionelle Überlegenheit des Warschauer Paktes** (Abb. 3, 4, 5). Beispielsweise beträgt die Relation bei den Kampfpanzern 1:3 zuungunsten des Westens. Die **Panzerabwehr** zu Lande und aus der Luft wird weiterhin forciert. Verstärkungen aus den USA sind nicht nur für Mitteleuropa, sondern ebenfalls für die Nordflanke (hauptsächlich Nordnorwegen) vorgesehen.

Die militär-strategischen Vorstellungen des Ostens basieren noch immer auf einer Art «Zugzwang» hin zur massiven Offensive, sollte es zu grösseren militärischen Handlungen kommen. Bezeichnend für diese These sind die jeweiligen Grossmanöver des Warschauer Paktes, letztmals 1978. Somit ist der Westen gezwungen, seine Defensivmassnahmen den gegebenen, möglichen Aggressionsformen anzupassen. Dabei obliegt der aktuellen Militärstrategie der NATO (Bezeichnung: Flexible Reaktion) der Auftrag, einen Krieg durch **Abschreckung** zu verhindern. Für einen Angreifer muss das Risiko unkalkulierbar bleiben. Am Grundsatz der **Vorneverteidigung**

(Abb. 6) wird weiterhin festgehalten, die **Rückgewinnung verlorengegangenen Territoriums** ausdrücklich unterstrichen.

Eine grundsätzliche Orientierungshilfe für die Weiterentwicklung der NATO und Erhöhung von Verteidigungsfähigkeit und Abschreckungskapazität bildet das 1978 beschlossene **«Langfristige Verteidigungsprogramm»** des Militärpakt. Im einzelnen ergingen zehn langfristige Programme, die Bereitschaftsgrad, Verfügbarkeit und Überlebensfähigkeit steigern sollen. Die ebenso gewünschte Koordinierung der Logistik bleibt sicher in ihren tatsächlichen Auswirkungen noch auf Jahre ein Wunschbild. Ebenso ist die Zuführung von Verstärkungen – hierzu wären im grösseren Umfange nur die USA in der Lage – in den kommenden Jahren problematisch, da schon heute bei den Reserveteilen der US-Streitkräfte ein rapides Sinken der Kopfstärken festzustellen ist.

Vorerst hoffen die Verbündeten noch sehr auf positive Ergebnisse bei den **SALT-Gesprächen**, die vielleicht

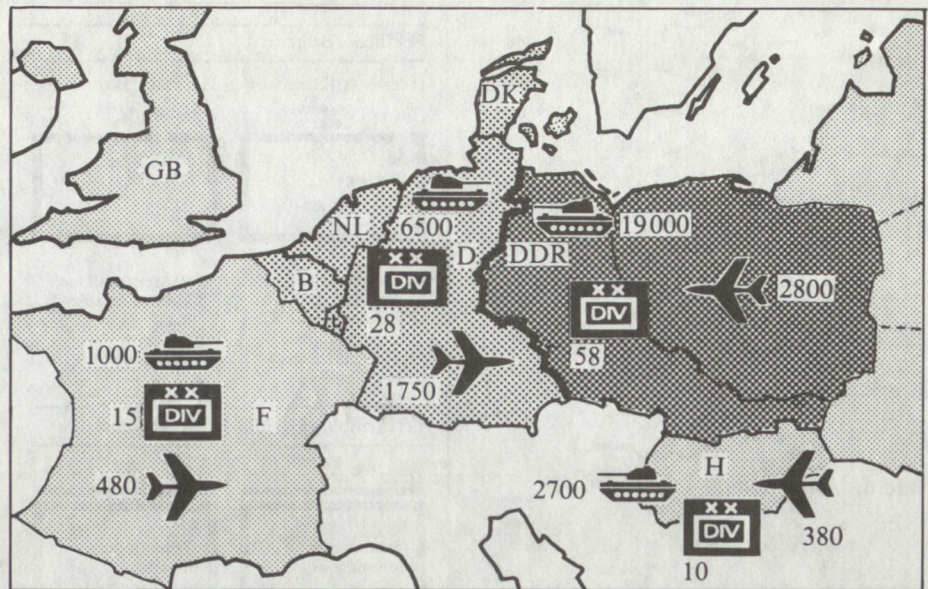
dazu beitragen, die Überlegenheit der Sowjets auf dem Gebiete der atomaren Mittelstreckenwaffen abzubauen zu helfen, und so zur Erhaltung der nuklearen Gesamtbalance zwischen Ost und West beitragen würden.

Die Bundeswehr

Die Streitkräfte haben die Beschlüsse und Zielvorstellungen der Regierung zu vollziehen und «Sicherheit zu produzieren», wie es so schön in einer Werbeschrift heisst. Erwähnt sei, dass die Bundeswehr ihr personelles und technisches Potential in einer **Gesamtstärke von etwa 670 000 Menschen** nicht nur für den Verteidigungsfall, sondern auch für «zivile» Notstände (z. B. Naturkatastrophen) bereitstellt. Die schon zu Beginn der 70er Jahre anvisierte Reform der Wehrstruktur hat sich im wesentlichen in einer neuen Heeresstruktur ausgewirkt, die den Landstreitkräften – bedingt durch neue Organisationsformen und Schwerpunktbildungen – **mehr Kampfkraft** (Abb. 7, 8) verleiht. Dabei wird – ähnlich wie in den vergangenen Jahren bei der US Army zu beobachten – Personal aus dem Unterstützungs- und Versorgungssektor für Kampfverwendungen freigemacht, das Reservistenpotential mehr genutzt.

Bis 1985 erhält das Heer neue Waffen und Material im Werte von 15 Milliarden DM. Jedes der 3 Armeekorps wird durch ein Panzerabwehr-Hubschrauberregiment sowie ein Flugabwehrregiment des Typs «Roland» verstärkt. Die **Divisionen** verfügen künftig anstelle eines Fliegerabwehrbataillons über ein Regiment. Die infanteristische Komponente verstärkt sich je Division um jeweils 2 Jägerbataillone, die allerdings im Frieden nur teilaktiv bzw. als Geräteeinheiten bestehen. Die nunmehr **36 Kampfbrigaden** (Abb. 9) setzen sich aus 17 Panzer-, 16 Panzergrenadier- und 3 Luftlandebrigaden zusammen. Jäger und Gebirgsjäger sind nicht mehr genannt, jedoch ist einer der Panzergrenadierbrigaden der Gebirgskampf übertragen worden. Die 4 Kampfbataillone der Brigade verfügen über je 12 Kampfkompanien. Die Panzerkompanie hat nur noch 13 und die Panzergrenadierkompanie 11 gepanzerte Kampffahrzeuge.

Eine bedeutende Verstärkung erhält das nicht der NATO unterstehende **Territorialheer** (Abb. 9), dem nunmehr **6 mechanisierte Heimatschutzbrigaden** mit einer teilweisen hohen Präsenz unterstehen. 6 weitere solcher Brigaden bestehen zusätzlich als Geräteeinheiten. Hinzu treten Sicherungstruppen



Verstärkungen aus USA, Distanz 6000 km

Verstärkungen aus den 3 westlichen Militärbezirken der UdSSR, Distanz 650 km

Bild 3. Land- und Luftstreitkräfte Mitteleuropa und Verstärkungen aus den USA beziehungsweise der UdSSR.

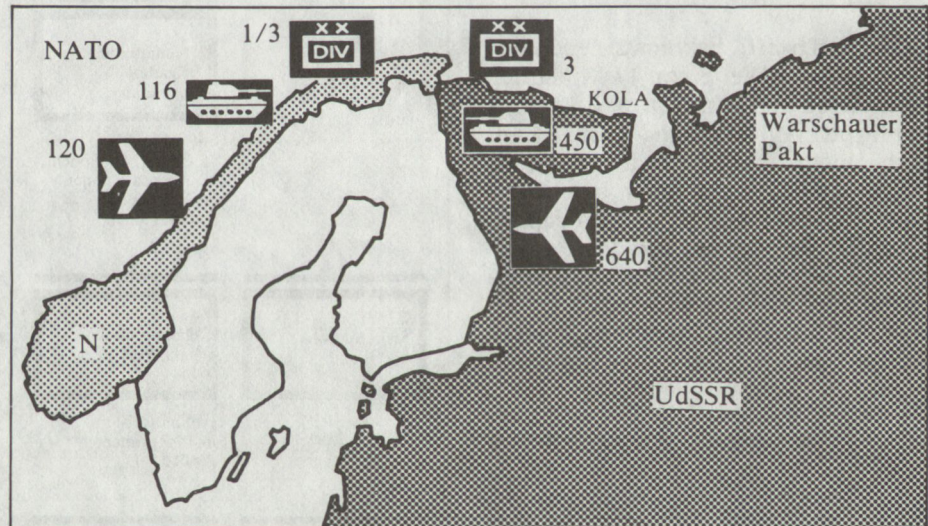


Bild 4. Land- und Luftstreitkräfte Nordeuropa - Präsenzkräfte.

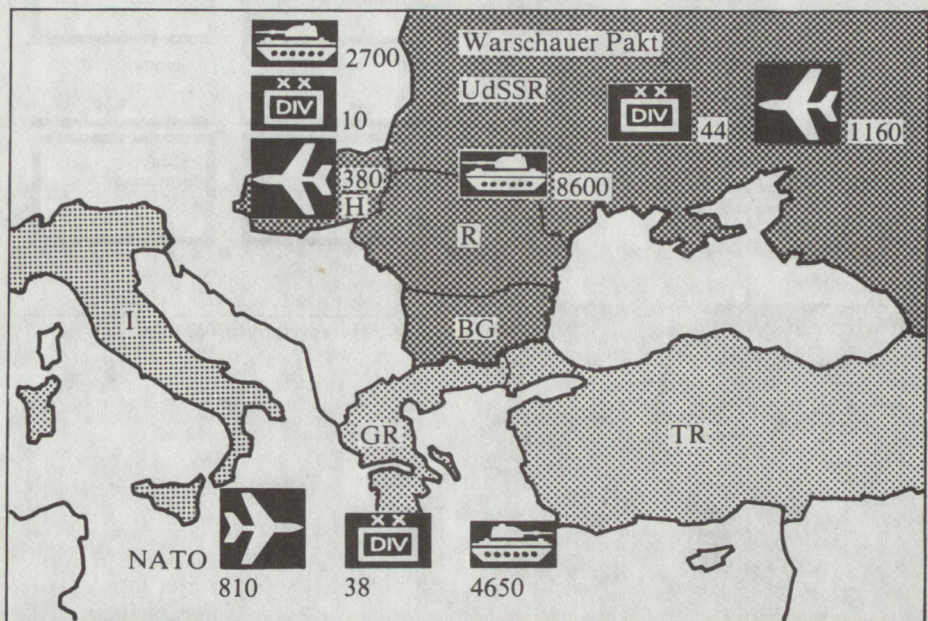


Bild 5. Land- und Luftstreitkräfte Südeuropa - Präsenzkräfte.

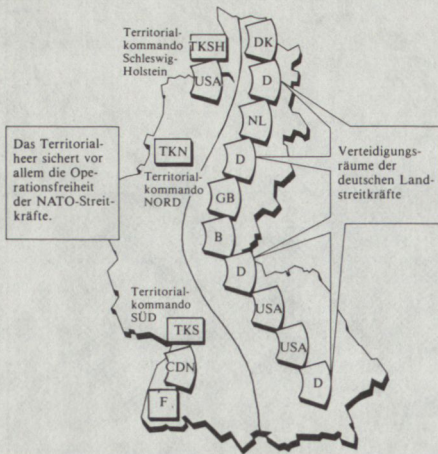


Bild 6. Vorverteidigung.

mit 45 Jägerbataillonen für den Raumschutz, 150 Heimatschutzkompanien und 300 Sicherungszüge für den Objektschutz im rückwärtigen Gebiet. Bei Bedarf sollen aber diese Territorialverbände auch das **Feldheer unterstützen** und im Notfalle auch verstärken.

Die **Luftwaffe** bekommt neue Ausrüstungen im Werte von 17 Milliarden zugewiesen und schafft u. a. Flugzeuge der Typen Alpha Jet und Tornado an. Noch mehr als bisher wird die Rolle der Luftmacht hinsichtlich der Unterstützung der eigenen Bodentruppen und die Mitwirkung bei der Panzerabwehr betont. Weiterhin im Vordergrund bleibt der grundsätzliche Auftrag, die Luftstreitkräfte eines Angreifers zu hindern, Ziele in der Bundesrepublik Deutschland zu erreichen.



Bild 7. Kampfpanzer Leopard 2 (Copyright by Bundesministerium der Verteidigung)



Bild 8. Flugabwehrpanzer im Manöver

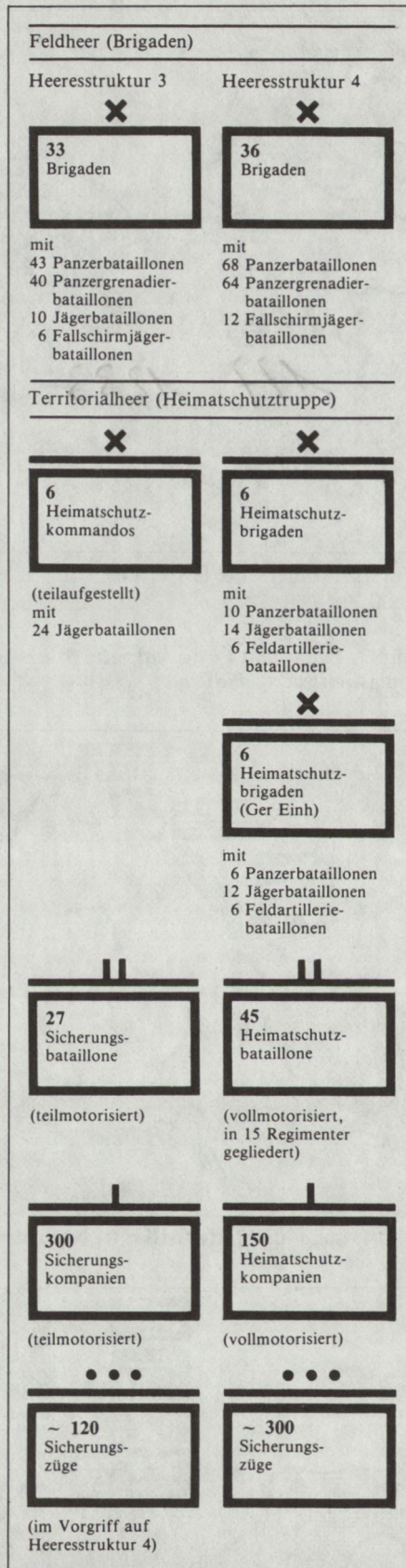


Bild 9. Heeresstruktur 4.

Berufssoldaten sind genügend vorhanden, bei den **Zeitsoldaten** besteht ein Fehlbestand von 8,7 Prozent, der jedoch nach Einführung der vollen Gehaltszahlung von Anfang an sich vermindern dürfte. Der Verwendungs- und Beförderungsstau bei den Berufsoffizieren bringt erhebliche Probleme mit sich, die teils menschlicher, teils sachlicher Natur sind. Während die Geburtsjahrgänge 1925 bis 1934 zu schwach vertreten sind, gibt es ein «Überangebot» aus den Jahren 1935 bis 1944. Sollten sich nicht einschneidende Veränderungen ergeben, wird das Offizierskorps überaltern. Nach dem gegenwärtigen Stand wären 66 Prozent der **Truppenoffiziere** älter als 40 Jahre.

Erleichternd für den Menschen in Uniform ist das Bemühen, bei den Wehrdienstleistenden heimatferne Einberufungen zu vermeiden und bei den Längerdienenden Versetzungen auf ein unbedingt notwendiges Minimum zu reduzieren. – Was bei den Beamten, Polizisten und zivilen Mitarbeitern des Staates schon lange üblich ist, wurde nun teilweise auch auf den Personenkreis der Soldaten erweitert. Geplant ist die **Zahlung einer pauschalierten Summe** für besonders dienstzeitbelastete Einheiten (durchschnittliche Wochenstundenbelastung von mehr als 56 Stunden), die bei den Berufs- und Zeitsoldaten 90 DM und 54 DM bei den Wehrpflichtigen betragen soll.

Trotz aller dieser Bemühungen der politischen und militärischen Führung herrscht bei vielen Offizieren und Soldaten **Unzufriedenheit**, die Gründe sind vielschichtig. Eine der Ursachen dieser Entwicklung ist zweifellos das heute stark ausgeprägte Anspruchsdenken vieler Soldaten, welches bei Nichterfüllen der Erwartungen oftmals Resignation und Verbitterung auslöst. Mit diesem Problem steht allerdings die Bundeswehr nicht allein da, es existiert in den Grundzügen ebenso in vielen anderen Armeen und ähnlich im zivilen Bereich.

Finanzen

Trotz jüngster Kritik aus den USA steht die Bundesrepublik bei den **Verteidigungsausgaben** der NATO-Staaten an zweiter Stelle. Von 1970 bis 1978 sind die Verteidigungsausgaben um 90,6 Prozent gestiegen. Dies bedeutet einen tatsächlichen Zuwachs von 25 Prozent, berücksichtigt man die Preisentwicklung. – 1979 stehen für Militärausgaben insgesamt 45,4 Milliarden DM zur Verfügung. ■